

**Antrag der Fraktion DIE LINKE****Initiative zur Verhinderung von Altersarmut ergreifen!****Geplante „Zuschussrente“ ist eine Bankrotterklärung schwarz-gelber Rentenpolitik**

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat darauf hingewiesen, dass Rentnerinnen/Rentner in anderthalb Jahrzehnten Rente oberhalb der Grundsicherung nur dann erhalten werden, wenn sie mindestens 35 Jahre ein Bruttoeinkommen von über 2 500 € pro Monat verdient haben. Die Grundsicherung beträgt zurzeit 688 € pro Monat und ist damit keinesfalls armutsfest. Presseberichten zufolge liegt bereits ein Drittel aller Vollzeitverdienste in der Bundesrepublik unter dieser Grenze. Berücksichtigt man jedoch die hohe Anzahl von Personen, die nicht Vollzeit arbeiten (insbesondere Frauen), liegt die Quote derjenigen, deren eigene Rente trotz jahrzehntelanger Einzahlungen unterhalb der Grundsicherung bleiben wird, noch deutlich höher. Den verfügbaren Zahlen des Landesamtes für Statistik in Bremen zufolge verdienen über 60 % aller in Bremen arbeitenden Nichtselbstständigen nicht mehr als 2 500 € brutto im Monat. Ihre eigene Rente würde bei 35 Beitragsjahren damit 2 030 € unterhalb der Grundsicherung liegen.

Durch die Beschlüsse der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung, gestützt von CDU und FDP, begibt sich die bewährte gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland auf eine historische und sozialpolitisch gefährliche Talfahrt. Der Umstand, dass größere Teile der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer in 2030 keine Rente oberhalb der Grundsicherung mehr erwarten können, ist die fatale Konsequenz aus der eintretenden Senkung des Rentenniveaus von jetzt 51 % auf letztlich 43 % in 2030. Dieser massive Rentenabbau muss umgehend gestoppt werden.

Die Pläne der Bundesarbeitsministerin für die sogenannte Zuschussrente sind dafür nicht geeignet. Die Bedingungen zur Erlangung dieser Mindestrente erfüllt nur ein kleiner Teil aller Beschäftigten; zudem werden spezifische Erwerbsbiografien (z. B. Frauen, die Elternzeit nehmen können) gegenüber anderen (Alleinerziehenden, die arbeiten) massiv bevorteilt. Schließlich soll der Abschluss einer privaten Rentenversicherung (Riester-Rente) zur Vorbedingung gemacht werden, die sich gerade Geringverdienende nicht leisten können, die alles verfügbare Geld zur Finanzierung des täglichen Lebensbedarfs benötigen.

Ohne ein massives Umsteuern führt diese Politik direkt in millionenfache Altersarmut. Die vorgesehenen Rentenkürzungen, die für viele Erwerbstätige eine unzumutbare Kürzung ihrer Altersbezüge bedeuten, müssen abgewendet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich im Bundesrat für eine Festschreibung des Rentenniveaus auf mindestens 51 % einzusetzen,
2. die geplante Senkung der Rentenbeiträge im Bundesrat abzulehnen,
3. sich im Bundesrat für eine gerechte, solidarische und lebensstandardsichernde Rentenpolitik einzusetzen, um so drohender Altersarmut wirksam entgegenzuwirken.

Peter Erlanson,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE